

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstadtgasse 33.
Verantwortlicher Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Manuskripte einzuliefern...
Anzeige der für die nächstfolgende Nummer bestimmten...
Anzeige der für die nächsten...
Anzeige der für die nächsten...
Anzeige der für die nächsten...

№ 35.

Dienstag den 4. Februar 1879.

73. Jahrgang.

Holzauktion.

Mittwoch, den 6. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Sonnenwisch auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 40a...
ca. 57 Ahdraum- und 120 Baumhaumen (Schlagreifig)
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehängenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den...
Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in der Wonne, am Ronnenwege und der nassen Wiese, umweit des Schleuflinger Weges.
Beyla, am 16. Januar 1879.

Rugholz-Auktion.

Freitag, den 14. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Sonnenwisch auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 40a...
ca. 90 eichene, 37 buchene, 2 ahornne, 13 maholdeberne, 21 rüsterne, 4 lindene, 5 eschene, 4 eiserne und 2 apfelbaumene Kugeln, sowie 39 eschene Schirrhölzer und 300 rüsterne Gedebäume
unter den öffentlich ausgehängenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in der Wonne am Ronnenwege und der nassen Wiese, umweit des Schleuflinger Weges.
Beyla, am 16. Januar 1879.

Zur Lage.

† Berlin, 31. Januar. Nur noch vierzehn Tage trennen uns vom Beginn der Reichstags-Session, welche leicht zu einer der bedeutungsvollsten werden kann, die wir seit 1871 gehabt haben und auf lange Zeit hinaus haben werden. Der Reichstanzler, welcher in wenigen Tagen hier einzutreffen gedenkt, wird für das von ihm aufgestellte Zoll- und Steuerreform-Programm mit aller der Energie eintreten, welche er in der Behandlung großer Fragen zu entwickeln pflegt. Der Widerspruch eines Theiles der Volksvertretung, der Presse und der öffentlichen Meinung wird ihn darin um so weniger behindern, als er in seiner langen Ministerlaufbahn diese Faktoren nicht nur wiederholt mit Ausgebot seiner ganzen geistigen Kraft zu bekämpfen und zu überwinden verstanden hat, sondern auch ihm diesmal eine große Reihe Ranggebungen der Zustimmung und der Sympathie zur Seite steht. Dennoch wird der Kampf angefaßt der vielen dabei in Frage kommenden persönlichen und privaten Interessen kein leichter sein; doch dürfte Bismarck vertraut, daß, wie bei anderen und größeren Schwierigkeiten, der Genius des deutschen Volkes den Weg zu finden wissen wird, der zu seiner Heilung führt. Lord Russell's Note, welche das Aufheben des englischen Elms vom deutschen Markte für besetzt erklärt, soll dabei als ein Wegweiser dienen.

Das schärfere Hervortreten liberaler und radicaler Ideen in Frankreich wird möglicher Weise nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse des Papstes und seiner Berater sein. Im Vatican ist man vollständig unterrichtet darüber, daß das gesammte preussische Ministerium, ohne Ausnahme, bereit ist, zu einem annehmbaren modus vivendi die Hand zu bieten, doch kann die Initiative dazu selbstredend weder von der Regierung ausgehen, noch in solchen indirecten Schritten des Papstes gefunden werden, wie sie in der letzten Encyclica und in dem Schreiben an den vormaligen Erzbischof Melchers vielleicht enthalten sein mögen. Ein päpstlicher Erlaß, direct an die amtierenden Bischöfe gerichtet: fortan mit der Anzeige der von ihnen zu befehlenden Geistlichen bei der zuständigen Staatsbehörde vorzugehen, würde ungleich sicherer die Brücke zur Verständigung schlagen.

Politische Uebersicht.

Dem prätexten Wesens thum wird seitens des Reichstanzlers ein ebenso starkes wie notwendiger Dämpfer aufgesetzt werden. Die wahrhaft herausfordernden Maximationen des Herzogs von Cumberland erhalten damit gleichzeitig die wohlverdiente Strafe. Es steht fest und wird von verantwortlichen Seite bestätigt, daß die Frage einer Einziehung des Welfensfonds sofort nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck, die in dieser Woche bevorsteht, das preussische Staatsministerium beschäftigen werde. In diesem Sinne äußert sich eine officiöse Correspondenz in der „W. Z.“:

Bezüglich der Gerüchte über die Zukunft des Welfensfonds konnte ich Ihnen schon vor einigen Tagen melden, daß neuerdings die definitive Einziehung desselben ins Auge gefaßt sei. Die Nachricht wird jetzt auch von officiöser Seite bestätigt und zugleich die Vermuthung einiger Blätter juridicirten, als ob die jetzigen Erwägungen auf derselben Linie lägen, wie diejenigen, welche der Finanzminister Herrschel im vorigen September nach dem Tode Königs Georg antrug, indem er die Auffassung betrat, daß die Verwendung der Revenuen des Welfensfonds, wie sie auf Grund des Gesetzes vom 2. März 1868 bisher erfolgt ist, unzulässig geworden. Die damalige Auffassung des Finanzministers stand mit derjenigen des Fürsten Bismarck in schroffem Gegensatz, während es jetzt gerade der Ministerpräsident ist, der aus politischen Gründen die Einziehung des Fonds befürwortet.

Auch unser Berliner Correspondent tritt der Sache wie folgt näher: „Anmittelbar nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck sollen, wie es heißt, die Verhandlungen des Staatsministeriums über eine anderweitige Regelung der Angelegenheit des Welfensfonds beginnen. In der That glaubt man nicht, daß die Regierung wirklich dem Landtage eine Aufhebung des Sequesters und Ueberführung der Gelder an die preussische Staatsschatzkasse vorschlagen werde. An maßgebender Stelle stehen dem zu gewichtige Bedenken entgegen, über welche vielleicht der Abgeordnete Windthorst, aber welche diese Ansicht geben kann. Belanlich langte er beim Abschluß des Vertrages im Winter 1867-1868 als Mittelsperson. Walder schlug damals bereits bei der Verhandlung des Sequesters die Einziehung für die Staatsschatzkasse vor, stieß damit aber selbst bei der eigenen Partei auf Widerspruch. Jetzt würde sich, wenn die Regierung einen bezüglichen Antrag einbrächte, außer den von Windthorst beeinflussten Ultramontanen und einem Theile der hannoverschen Liberalen schwerlich Jemand dagegen erklären.“

Den Tactlosigkeit an dänischen Königs-hofe gelegentlich der Hochzeitsfeierlichkeiten des Herzogs von Cumberland ist eine sehr deutliche und wirksame Repräsentation gefolgt. Dänemark hat seine Anwartschaft auf Heranzugabe Nordschleswigs für immer verloren. Es giebt keine dahin zielende „Frage“ mehr, denn die beiden Contractanten, Oesterreich und Preußen, haben eine Einigung darüber erzielt, die Dänemark das Nachsehen giebt. Es liegen über diese hochwichtige Angelegenheit die folgenden Telegramme vor:
Wien, 2. Februar. Das Wiener Fremdenblatt meldet: Deutschland ergriff die Initiative zu Verhandlungen betreffs Ausführung des

Artikels 6 des Prager Friedensvertrags; anderweitig wird diese Resolution bestätigt.
Wien, 2. Februar. Die Telegraphen-Correspondenz-Bureau von zuverlässiger Seite erzählt, finden seit einiger Zeit auf Initiative Deutschlands zwischen Wien und Berlin Verhandlungen über den Artikel 6 des Prager Friedens hat. Da Oesterreich-Ungarn in jenem Artikel bezüglich der Bevölkerung Nordschleswigs eingeräumten Rechte kein Verzicht erlegt wird, so sei alle Aussicht vorhanden, daß diese Verhandlungen zu wechselseitiger Befriedigung in einer den Wünschen Deutschlands entsprechenden Weise demnächst beendet würden und würde dadurch wiederum in überzeugender Weise die Intimität der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehenden Beziehungen documentirt werden.

Wien, 2. Februar. Die hochofficiöse „Montagsrevue“ will wissen, daß bezüglich des Artikels 6 des Prager Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland bereits ein Vertrag abgeschlossen worden wäre, in welchem Oesterreich auf die Geltendmachung der in jenem Artikel enthaltenen Klausel, nach welcher die Retrocession Nordschleswigs von einem Plebiszit abhängig gemacht wird, verzichtet.

Die Nachrichten über die Verhandlungen zwischen Deutschland und dem Vatican hoden, anscheinend diese Verhandlungen selbst aber nicht. Wie man der „W. Z.“ aus Rom berichtet, hat Leo XIII. den Kreis seiner Vertrauten außerordentlich beschränkt. Nur drei bis vier Personen sind von seinen Absichten unterrichtet und umgeben ihre Thätigkeit mit dem strengsten Geheimniß. Der Abg. Windthorst-Weppen gab seinem Schmerz über diesen Zustand in der letzten Kulturkampfsverhandlung des Abgeordnetenhauses Ausdruck, indem er erklärte: „Die Verhandlungen, die stattgefunden haben sollen und angeblich noch jetzt stattfinden, gehen, wie die Herren Dies ja so sehr gewünscht haben, weit über unsere Köpfe weg.“ In dem stenographischen Bericht hat Herr Windthorst die Höhe und Weite, in welcher die Verhandlung über die Köpfe des Centrums weggeht, noch der Phantasie durch Unterstreichungen der hervorgehobenen Stelle näher gerückt. Unter diesen Umständen haben die letzten Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus ein ganz eigenes Gesicht getragen. Der Redner der Mehrheit, Herr Gneiss, nahm darauf Bezug, daß gegenüber der von der Regierung eingeleiteten Verständigung das Verhalten des Centrums die wesentlichen Verhandlungen nicht fördern, sondern hemmen würde. Herr Windthorst seinerseits bemühte sich vor Allem, die vollkommene Harmlosigkeit des Antrages des Centrums aus Wiederherstellung der drei kirchlichen Versassungsparagraphen zu beweisen. Er meinte, entweder würden die „hohen Paciscenten“ finden, das Centrum habe etwas Unzulässiges oder es habe etwas Zulässiges beantragt. Im ersten Falle gesehen die Anträge in „Richts“, im zweiten Falle sei man den Verhandlungen zu Hilfe gekommen. Bei der Bescheidenheit dieser Darstellung ist es dem Redner nur entgangen, daß auch ein dritter Fall übrig blieb, daß etwas Unnützes und Ueberflüssiges gehe, was die Situation keineswegs besser. Jedenfalls ist es eine merkwürdige Erscheinung, das Centrum im Augenblick so gänzlich von Beziehungen zum Oberhaupt der katholischen Kirche abgeschnitten zu sehen, daß es keine Informationen über den Stand der Verhandlungen durch Anträge in dem Abgeordnetenhaus zu ziehen unternimmt. Wir sind selbstverständlich nicht besser unterrichtet als Herr Windthorst. Man darf aber allerdings aus diesen Vorgängen schließen, daß die Verständigung über „die Köpfe des Centrums“ mit einem Male da sein könnte. Charakteristisch für die Stimmung in Rom ist es, daß man in italienischen Blättern der Ansicht begegnet, der deutsche Kulturkampf sei in der That beendet. So viel ist zweifellos, daß Leo XIII. die Auflösung der Organisation der katholischen Kirche in Deutschland mit größter Sorge betrachtet und die Angelegenheit von einem ganz verschiedenen Standpunkt betrachtet, als der ist, auf welchen das „alte Völkchen“ der Centrumsführer hinweist. Die merkwürdige Enthüllung in der „Badischen Landeszeitung“, die wir bereits den Lesern mittheilten und deren Vertretung wir jenem angesehenen Organ überlassen müssen, weist jedenfalls

darauf hin, welche Ausdehnung die Verhandlungen bereits genommen haben.

Trotz der officiell anbefohlenen Geheimhaltung des kriegsgerichtlichen Erkenntnisses in Sachen des „Großer Kurfürst“ verlautet, wie man uns aus Berlin meldet, daß dasselbe wesentlich freisprechend (!!) Natur sei. — Dem Reichstage wird mit dem Marine-Etat eine Uebersicht der seit 1873 im Extraordinarium verwandten und zur Ausführung des Flotten-Gründungsplans noch erforderlichen Summen unter Vergleichung der Gesamtkosten mit dem Anschlag nach dem Plane von 1873 zugehen. An der vorgesehene Zahl der Kriegsschiffe fehlen noch 1 Panzercorvette, 11 Panzerkanonenboote, 3 Corvetten, 3 Aviso. Davon sollten nach dem laufenden Etat begonnen werden 1 Panzercorvette, 2 gedeckte Corvetten, 2 Aviso, 4 Kanonenboote. — Der Chef der Admiralität hat jetzt die Instruction für Schiffcommandanten vervollständigt, namentlich die Inspicirung der taktischen Verwendung des Schiffes mit Durchführung einer bestimmten Geschickidee, allgemeine militärische Exercitien und Manöver vorgeschrieben; der Commandant soll dabei zeigen, wie weit er Herr der Bewegungen seines Schiffes geworden und wie weit er die Waffen, über die sein Schiff verfügt, richtig und mit Erfolg anzuwenden versteht.

Wie die „W. Z.“ hört, ist an eine Zustimmung Bismarck's und Bayerns zu dem den Bundesregierungen zugangenen Reichseisenbahn-Gesetzentwurf nicht zu denken. Die Regierung von Württemberg soll in folgender Bestimmung des Entwurfs eine formelle und materielle Aenderung der Reichsverfassung erkliden: „Die Aufsicht über das Eisenbahnwesen steht dem Reiche zu, soweit dieselbe nicht den Landesregierungen nach ausdrücklicher Bestimmung des Gesetzes verbleibt. Alle sonstigen, den Landesregierungen nach gesetzlichen, vertragmäßigen, concessionsmäßigen oder statutarischen Bestimmungen zustehenden Befugnisse gehen, soweit sie das Gebiet der Reichsaufsicht betreffen, auf das Reich über. Die Reichsaufsicht schließt innerhalb ihrer Zuständigkeit die Landes-aufsicht aus.“ Die bayerische Regierung aber ist nicht gewillt, auf ihr Reservatrecht zu verzichten, wie es in der Reichsverfassung zum Ausdruck kommt, indem von den Artikeln 42 bis 47, welche sich auf das Eisenbahnwesen beziehen, die ersten fünf auf Bayern nicht Anwendung finden und nur dem Art. 47, welcher die militärischen Anforderungen an die Bahnen präcisirt, sämtliche Bahnen des Reiches unterstellt sind.

Die preussische Armee hat im Jahre 1878 folgenden Zuwachs an neu ernannten Secondelieutenants (ausschließlich wiederangestellter) erhalten: a. Linie, bei der Infanterie 355, bei der Cavallerie 113, bei der Artillerie 94, beim Ingenieurcorps 35, beim Train 6, Summa 606; b. in der Reserve, Infanterie 594, Cavallerie 214, Artillerie 104, Ingenieurcorps 7, Train 33, Summa 952; c. Landwehr, Infanterie 67, Cavallerie 7, Artillerie 2, Ingenieurcorps 1, Train 3, Summa 80. Im Ganzen hat die Armee einen Zuwachs von 1638 Officieren erhalten.

Die vereinigten Volksparteiler und Ultramontanen — die auf das Engste zusammengewachsene rothe und schwarze Demokratie — in der württembergischen Abgeordnetenversammlung haben einen Antrag wegen der Strafgewalt im Reichstage nun doch eingebracht. Der Antrag wird voraussichtlich eine motivirte Tagesordnung sein. Je näher der Tag der Reichstagsöffnung heranrückt, desto unzweckmäßiger erscheint das Unternehmen, mit Landtagsverhandlungen in den Gang der Reichsangelegenheiten einzugreifen. Die Antragsteller haben daher für gut gefunden, ihren Antrag mit einer Begnadigung auf die württembergische Landesversammlung zu verbrümen. Das Mittel ist aber zu durchsichtig, um ihnen viel zu helfen. — In Stuttgart hat ein socialistisches Blättchen, die „Stuttgarter Presse“, seit dem Erscheinen des Socialisengesetzes noch ein kümmerliches Dasein hingehielet. Demselben ist neulich durch ein Verbot das flackernde und zweideutige Licht ausgeblasen worden.

Wir sind in der Lage, einige Entscheidungen der Recurscommission in Sachen des Gesetzes

für hier
-100 A
nbe, 116
utschen
schid
bericht
Tempo
lauf der
Reg.
Berliner
auwaare
Bei.
Gerte
einfahrt
ohn 360
u. 100.
Victoria
t, weise
Wieder
13 bis
bl, weiß
-12 A
die 9 bis
blenden
de 100
: 17/9.
ändlicher
5 A bei
-17 A
u. 100
ber 106
der 126
4 bei, u.
192 bis
5 A bei
u. 100
19.50 A
190 bis
106 A bei
u. 100
ber neu
100 bis
Frutter
-108 A
196 A
A St.
ber Prof
Februar:
b Cauch
-48 A.
feinhe
niedriger,
51.90 A
20, den
30. Januar
loco
R. Nr. 00
-19 A.
Koggen
Berband.
nd. loco
co 9 bis
fan.
m.
t.
Credit
111.00,
00, de.
Italiener
194 7/8.
Eindener
heimische
urnabfälle
binationen
D. Rapo-
perrichte
mbanden
Amerita-
nar von
in Ply-
die Reite
be über-
den Con-
Dampfer
gegangen.
Dampfer
e ostern
die aus
„Danis“
See ge-
antischen
radburg“
fen: in
von Dill,
iverpool,
Wladigam,
francer“
Dampfer
ländlich-
n“ von
rab“ von